

Michael Brie

## Segel setzen in stürmischen Zeiten

Parteipolitische Diskurse im Vorfeld der Bundestagswahl 2013

Mit dem Übermut der Verzweiflung sagte Philipp Rösler auf dem Dreikönigstreffen seiner Partei im Januar dieses Jahres: »Wen Gegenwind noch nie gebremst hat, sondern – im Gegenteil – beflügelt, der wird sich in unserer liberalen Partei sehr wohl fühlen.« Der Krisenwind bläst heftig und alle im Bundestag vertretenen Parteien sind in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2013 dabei, ihre Segel zu setzen – jähe Wendungen und Kentern nicht ausgeschlossen. Gerade erst hat die FDP die Koalition an den Rand des Bruchs gebracht, um sich wieder zu profilieren. Und mit Umfrageergebnissen zwischen sechs und neun Prozent stehen die Piraten bereit, das sowieso schon komplizierte Feld der Parteien neu zu komplizieren. Die Parteitage des Herbst 2011 geben Rechenschaft über den strategischen Verständigungsprozess. Die auf ihnen entwickelten Positionen sollen im Weiteren verglichen werden. Es handelt sich um eine Diskursanalyse – mit ihren Möglichkeiten und Grenzen.

Alle Parteien haben eine gemeinsame Schwierigkeit. Dies ist die hohe Unsicherheit. Die Krise ist nicht vorbei – weder im Finanz- und Währungssystem noch in der Realwirtschaft. Die Situation ist offen. Unter sehr günstigen Umständen kann es den herrschenden Eliten Deutschlands gelingen, die jetzige Politik einer Stabilisierung und des Wachstums fortzusetzen; aber auch Stagnation oder ein neuer tiefer Einbruch können nicht ausgeschlossen werden.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund haben alle Parteien Ende 2011 ihre politischen Ansätze präsentiert und die Vorbereitung des Wahlkampfes begonnen. Dies macht eine Bestandsaufnahme und den Vergleich möglich.

### **CDU und CSU als »Partei der Mitte« und ihr national-konservativer Flügel**

Die CDU unter Angela Merkel steht am geschlossensten dar. Sie hat die Beinahe-Wahlniederlage von 2005 verarbeitet, als sie sich dezidiert neoliberal ausgerichtet hatte. Sie ist regierungs- und krisenerfahren. Die Kanzlerin und Parteivorsitzende hat die CDU auf die Sicherung der politischen Macht verpflichtet. Den inneren Widersprüchen der Partei und ihrer Wählerschaft wird in dem Maße Rechnung getragen, wie für den Machterhalt notwendig, aber nicht mehr. Solange die Gleichung aufgeht, Erfolge eingefahren werden, wird die Einheit gewahrt.

Angela Merkel agiert als Kapitänin des großen Dampfers einer liberal-konservativen Volkspartei. Sie verweist in ihrer Parteitage Rede im November 2011<sup>2</sup> auf den »festen Kompass« der Partei, der »unveränderlich« an den »Grundwerte(n) Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit« ausgerichtet sei. Die CDU sei »die große Volkspartei der Mitte«, ihr »Gesellschaftsmodell« die »soziale Marktwirtschaft«. Diese verwirkliche den »Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital, wirtschaftlicher

---

<sup>1</sup> Siehe dazu ausführlich: Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS: Eine offene historische Situation. Konfliktlinien – Szenarien – Eingriffsmöglichkeiten. Standpunkte der RLS 38/2011 ([http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte\\_38-2011\\_web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_38-2011_web.pdf)) und ausführlicher dieselben: Die organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke ([http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/IfG\\_Organische\\_Krise\\_des\\_FMK\\_-\\_Herausforderung\\_f%C3%BCr\\_die\\_Linke\\_2011.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/IfG_Organische_Krise_des_FMK_-_Herausforderung_f%C3%BCr_die_Linke_2011.pdf)).

<sup>2</sup> Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel (<http://www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/111114-rede-merkel.pdf>).

Vernunft und sozialer Gerechtigkeit«. Interessant ist nur, so sei angemerkt, wie hier mit der Reihenfolge gespielt wird: Erst wird die Arbeit, dann das Kapital genannt, anschließend wird mit der wirtschaftlichen Vernunft begonnen und soziale Gerechtigkeit angefügt. Artistisch wird mit Begriffen wie mit Kugeln jongliert und ein lebendiges Gleichgewicht suggeriert. Der Gravitationspunkt dieser nur scheinbaren Beliebigkeit ist die Marktwirtschaft selbst mit ihren kapitalistischen Herrschaftsstrukturen, die ausgeblendet werden.

Die proklamierte Berufung auf den ewig in die gleiche Richtung zeigenden Kompass der Grundwerte kontrastiert in Angela Merkels Rede auffällig mit den radikalen Veränderungen, die die CDU unter ihrer Führung vorgenommen hat und die sie in den Vordergrund stellt: die wahrhaft jähe Abkehr von der Atomenergie genauso wie die Hinwendung zu Frauen im Beruf, die Übergang zum zweigliedrigen Schulsystem wie die Abschaffung der Wehrpflicht, die Entwicklung einer aktiven Einwanderungs- und Integrationspolitik und nicht zuletzt die Einführung einer »Lohnuntergrenze«. Die Loslösung von einem traditionell christlich-konservativen Milieu könnte kaum größer sein. Merkel verfolgt eine moderne Machtpolitik, die gegenüber den Mitteln weitgehend beliebig ist. Ihre Unschärfe ist Programm. Kursanpassungen werden nicht groß verkündet, sondern täglich vorgenommen. Oft sind es Kursänderungen.

Der Clou des Parteitags 2011 war die Wortschöpfung »Lohnuntergrenze«. Nach fast einem Jahrzehnt heftiger politischer Diskussion wird die Forderung nach einem »Mindestlohn« aufgenommen und neoliberal verkehrt. Die Begründung der »Lohnuntergrenze« sei ausführlich zitiert. Sie bringt das Primat der Kapital- und Wirtschaftsinteressen genauso zur Geltung wie die Einbeziehung der Gewerkschaften, die Bekämpfung von »Auswüchsen« des deregulierten Arbeitsmarkts und die staatlich-paternalistischer Fürsorge. In Merkels Rede heißt es: »Niemand von uns will einen flächendeckenden gesetzlichen, einheitlichen, politisch festgelegten Mindestlohn. (Beifall) Wir sind überzeugt, dass die Tarifautonomie als Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil ist und gestärkt werden muss. (Beifall) Aber, liebe Freunde, zur Realität gehört auch, dass heute längst nicht mehr so viele Beschäftigungsverhältnisse von der Tarifautonomie erfasst sind, wie das früher der Fall war. Jetzt können wir doch nicht einfach sagen: Weil die Tarifautonomie richtig ist, kümmern wir uns um das Ergebnis überhaupt nicht mehr. – Deshalb sagen wir: Wir wollen dort eine Lohnuntergrenze, wo es keine Tarifverträge gibt. Wir wollen nicht, dass Menschen ohne jeden rechtlichen Schutz leben. Da wir aber wollen, dass die Tarifautonomie gestärkt wird, orientieren wir uns an dem, was Branchentarifverträge, die allgemeinverbindlich erklärt wurden, aussagen und was heute gültig ist. Weil wir das nicht selber machen wollen, bitten wir die Tarifpartner, genau dies vorzunehmen: jedem eine Richtung, eine Orientierung, damit man weiß, wo die Lohnuntergrenze ist, aber nicht politisch definiert, sondern von den Tarifpartnern auf der Grundlage bestehender Tarifverträge festgelegt. Das ist unsere Haltung, und diese Haltung ist richtig. (Beifall)«

Dies ist die Sprache einer Politik, die den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus verstetigen will. Dazu werden Elemente des sozialen Ausgleichs und des Konsens aufgenommen. So wie in der Krise zum Kurzarbeitergeld gegriffen, das Sparvermögen garantiert, die Abwrackprämie eingeführt wurde. Auch die Veränderungen in der Bildungspolitik oder bei der Pflege weisen in die gleiche Richtung. Nicht zufällig verweist Angela Merkel unmittelbar im Anschluss an die zitierte Passage auf Walter Euckens Begründung für die soziale Marktwirtschaft als »Alternative zum Marxismus« (d.h. zum Klassenkampf) wie »zur Versumpfung des Kapitalismus«. Und damit man nicht glaubt, dass sich die Kanzlerin mit einer derartigen Sprachwahl identifiziert, fügt sie hinzu: »So hat Walter Eucken das damals ausgedrückt.« Ihre »Kritik« an den Ursachen der jüngsten Krise erreicht den Höhepunkt, wenn sie sagt: »Wir haben Gier erlebt, wir haben Zockerei erlebt, wir haben Kasino-Kapitalismus erlebt. Das alles ist das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft.« (Im Protokoll ist vermerkt: »Vereinzelt Beifall«.) Merkels Schlussfolgerung ist: »Deshalb ist soziale Marktwirtschaft immer die Notwendigkeit, Leitplanken zu setzen, Regeln zu setzen, in deren Rahmen die Märkte arbeiten können.«

Was eine solche Symbolik impliziert: Die Märkte sind gegeben; sie sind die eigentlichen treibenden Kräfte; sie sind der Ausdruck der Freiheit. Die Bildsprache ist die von Autobahnen – wo freie Bürger im Wettbewerb miteinander darum kämpfen, möglichst schnell ans Ziel zu

kommen – solange die »Leitplanken« nicht durchbrochen werden. Die Wirkungen einer solchen Freiheit sollen durch eine »Politik der Mitte« begrenzt werden – dort, wo »Auswüchse« die politische Stabilität oder den Wirtschaftsstandort gefährden. Die Frage aber ist, ob es der Regierung Merkel gelingt, den bisherigen Kurs zu halten. Werden die durch die Agenda 2010 geschwächten Leitplanken in Deutschland halten, wenn sie gleichzeitig unter deutscher Führung in Griechenland, Spanien oder Portugal weggesprengt werden und sich der Standortwettbewerb bei sinkender innereuropäischer Güternachfrage verschärft?

Flankiert wurde Merkels Position einer modernen konservativen Volkspartei durch Volker Kauder in seiner Funktion als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er repräsentiert bewusst einen *nationalen* Konservatismus. Dazu zieht er die Abgrenzungslinien in Richtung Türkei oder auch Griechenland; er ist es, der die freie Religionsausübung zum »zentralen Menschenrecht« erhebt. Er stellt »den unglaublichen Wettbewerb um Chancen und Zukunftsperspektiven weltweit« in den Vordergrund, die Standortkonkurrenz, und leitet von dort die Ausrichtung deutscher und europäischer Politik ab. Vor allem aber wird Deutschland zum Vorbild erklärt, an dem sich andere zu orientieren hätten. Sein Ausspruch »Auf einmal wird in Europa deutsch gesprochen...« macht Schlagzeilen. Niemals zuvor in den letzten Jahrzehnten hatte ein führender deutscher Politiker derart unverhohlen den Führungsanspruch der Bundesrepublik in Europa erhoben.

In seiner Rede behauptet Volker Kauder, die Krise habe ihre Hauptursachen nicht in einem entfesselten Finanzmarkt-Kapitalismus und explodierender Vermögensakkumulation, sondern in zu hoher Staatsverschuldung: »Ausgangspunkt der Krise sind aber nicht die Spekulanten, sondern die Tatsache, dass wir uns in Europa nicht an die Haushaltsdisziplin gehalten haben...« Verantwortlich, so Werner Langen, Vorsitzender CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, seien vor allem die von Sozialdemokraten und Sozialisten geführten Regierungen in Portugal, Spanien oder Griechenland, Großbritannien, Ungarn oder Lettland und eben in Deutschland bis 2005. Dieser sozialdemokratischen Unverantwortlichkeit in der Steuer- und Finanzpolitik würde nun, so der Vorwurf an die SPD, die sozialistische Forderung nach der Vergemeinschaftung eben dieser von ihr verursachten Schulden folgen. Das Gespenst des Kommunismus wirft seine Schatten. Kohls Finanzierung des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik vor allem aus den Sozialkassen, also durch die Lohnarbeiter, und durch die Verdoppelung der Staatsschuldenlast wird verdrängt.<sup>3</sup>

In Kauders Diktion soll die neoliberale Orientierung auf die »Starken« noch verstärkt werden: »Nicht die Schwächeren können das Tempo bestimmen, sondern die Stärkeren, und sie müssen die Schwächeren mitnehmen. Das ist die Antwort Europas auf die Zukunft.« Die heutigen (energieintensiven) Industriestrukturen und der Automobilbau müssten weiter gefestigt werden. Die CDU sei eine Partei der inneren und äußeren Sicherheit. Christliche Nächstenliebe sei es, derentwegen sich die Partei zu den Sozialleistungen bekenne. In diesen Positionen werden altkonservative Ideen, Standortnationalismus, Autoritarismus und Neoliberalismus verschmolzen. Dies stellt den Anschluss an dezidiert rechte Positionen her. Die CDU als »die große Volkspartei der Mitte« (Angela Merkel) wird um die national-konservative Flanke ergänzt, oder wie es bei Volker Kauder abschließend heißt: »Wir (die CDU- M.B.) wollen Europa, und wir werden Europa in eine gute Zukunft führen. Deutschland wird weiter Motor in diesem Europa sein. So werden wir den Wettbewerb in der Welt gewinnen, Zukunftschancen für die junge Generation schaffen und damit zeigen: Wir sind in dieser Zeit die Richtigen in der Regierung, und die anderen sind die Richtigen in der Opposition.«

Die CSU trägt wesentlich zum Profil der Union insgesamt bei, indem sie Modernität und

---

<sup>3</sup> Während Kohls Regierung noch 1990 Steuererhöhungen ausschloss, wurde Mitte 1991 der Solidaritätszuschlag für ein Jahr eingeführt und dann seit 1995 verstetigt. 1993 stieg die Mehrwertsteuer, dann die Mineralsteuer, später die Versicherungs-, Tabak- und Erdgassteuer. Das Haushaltsdefizit erhöhte sich von 28 Mrd. DM im Jahre 1989 auf 120 Mrd. DM im Jahre 1990 und 154 Milliarden DM 1993 ([http://de.wikipedia.org/wiki/Kosten\\_der\\_Deutschen\\_Einheit](http://de.wikipedia.org/wiki/Kosten_der_Deutschen_Einheit) – abgerufen am 7.2.2012).

Wertkonservativität zu verbinden sucht. Die Grundwerte sind Nachhaltigkeit (im weiten Sinne der Bewahrung der Zukunftschancen), Gerechtigkeit und Sicherheit. Gerechtigkeit wird vor allem als Chancengerechtigkeit begriffen, ergänzt durch eine Politik, »die Schutzräume für die Menschen dort schafft, wo sie sich zwar selber helfen wollen, aber nicht können«<sup>4</sup>. Wie Horst Seehofer formuliert: »Wir waren in der CSU nie Anhänger der Theorie, je mehr der Staat verteilt, desto besser sei es um die Gerechtigkeit im Lande bestellt. Das ist falsch. Es geht um Teilhabe- und Chancengerechtigkeit. Deshalb ist die Bildungspolitik die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts.« Von hier aus erfolgt dann eine moderate Auseinandersetzung mit prekären Arbeitsverhältnissen, der Schlechterstellung von Leiharbeitern oder Altersarmut, ohne dabei die Flexibilisierung oder die »Reformen« des Rentensystems grundsätzlich in Frage zu stellen.

In ihrem Versuch, die alte Stärke des parteipolitischen Hegemons in Bayern wieder zu erlangen, verbindet die CSU eine offensive regionale Standortpolitik in den Feldern Wirtschaft, Bildung und Forschung mit einer aktiven sozialen und kulturellen Integrationspolitik, die den Ausbau von prekärer Beschäftigung einschließt<sup>5</sup>. Grundlage ist der Bezug auf die »soziale Marktwirtschaft« – »weit weg von einer staatlichen Planwirtschaft, aber auch weit weg von einem Marktradikalismus, bei dem Raffgier und die Abzocke im Mittelpunkt stehen«<sup>6</sup>. Aktive regionale Strukturpolitik in Kooperation des Freistaats, der Kommunen sowie mit Unternehmen und Hochschuleinrichtungen stehen im Mittelpunkt. Abbau der Verschuldung, Einsatz von Erlösen der Privatisierung für Investitionen vor allem in Bildung, Forschung und Infrastruktur<sup>7</sup> sowie öffentliche Sicherheit werden ins Zentrum gestellt. Eine solche aktive Politik des Staates vertrage sich, so Seehofer, auch nicht mit völlig deregulierten Märkten: »Markt pur ist Wirtschaft pervers, Markt pur ist der pure Wahnsinn! Markt pur ist mit der Christlich-Sozialen Union nicht zu machen.«

Die Auseinandersetzung der CSU mit der SPD erfolgt vor allem dort, wo dieser die Entfesselung der Finanzmärkte, Schuldenpolitik und Verletzung der Maastricht-Kriterien sowie eine Umverteilungspolitik auf Kosten Deutschlands, auf Kosten Bayerns vorgeworfen wird. Hauptgegner ist Peer Steinbrück, der mögliche Kanzlerkandidat der SPD für 2013: »Drei Jahre Steinbrück in NRW, das waren 20 Milliarden neue Schulden. Das waren in drei Jahren so viele Schulden, wie Bayern in der gesamten Nachkriegsgeschichte gemacht hat. Steinbrück NRW, das ist Griechenland und nicht Bayern!« Denkwürdig sollte die Bemerkung von Seehofer werden: »Der Freistaat Bayern zahlt mittlerweile alleine die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs der Bundesrepublik Deutschland, und deshalb gehört uns auch die Hälfte der Bundesrepublik Deutschland.«<sup>8</sup> Den Grünen wird eine Blockadepolitik beim Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur (Luftverkehr, Straßenbau, Schiene) vorgehalten.

Doch die Vormacht der CSU ist bedroht – von rechts vor allem durch die Freien Wähler, die viel

---

<sup>4</sup> Die folgenden Zitate sind entnommen aus der Rede des Ministerpräsidenten von Bayern, Horst Seehofer, auf dem Parteitag der CSU am 8. Oktober 2011 in München.

<sup>5</sup> Siehe dazu: Hermann Biehler: Leiharbeit in Bayern. Unreguliert · Unterbezahlt · Unsicher. München 2011 ([http://www.bayern.dgb.de/dgb/Report\\_Leiharbeit\\_in\\_Bayern.pdf](http://www.bayern.dgb.de/dgb/Report_Leiharbeit_in_Bayern.pdf) – abgerufen am 17.2.2012).

<sup>6</sup> Dieses Verständnis von sozialer Marktwirtschaft setzt vor allem auf die Förderung der Eigeninitiative der Unternehmen: »Wir wollen Rücksichtnahme auf die Schöpfung und den nachhaltigen Umgang mit Energie mit den Mitteln einer freiheitlichen Gesellschaft gestalten: mit Anreizen, mit Angeboten und mit Förderung und nicht mit einer Welt der Paragraphen und Verbote.«

<sup>7</sup> »Jeder Euro, den wir im Zuge der Privatisierung ausgegeben haben, hat eine x-fache Rendite für die Menschen in Bayern abgeworfen. Wer hier vom Verscherbeln des Staatsbesitzes spricht, verkauft die bayerische Bevölkerung für dumm.«

<sup>8</sup> Demenz ist es nicht, die Seehofer dazu bringt, nicht zu erwähnen, dass Bayern bis 1986 kontinuierlich Empfänger von Zahlungen des Länderfinanzausgleichs war und selbst 1992 noch einmal Geld erhielt. Gehört dann Bayern den Bürgern von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg oder Hessen zur Gänze? Vgl. die konkreten Zahlen in: <http://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%A4nderfinanzausgleich> – abgerufen am 17.2.1011.

offener noch als die CSU die Karte des Nationalismus und Regionalismus spielen können, und im libertär-modernisierten Milieu durch die Grünen. Und in der Mitte drohte die Kampfkandidatur von Gauweiler. Die rhetorische Kunst Horst Seehofers mochte diese Gefahren für den Moment einer Parteitage Rede verdrängen, die Landtagswahlen von 2013 mit dem SPD-Kandidaten Christian Ude als Gegenspieler werfen aber ihre Schatten voraus.

So breit sich CDU/CSU unter Angela Merkel aufzustellen versucht, so umfassend sie ihr Angebot als die einzige »Volkspartei der Mitte« auch formuliert, es bleibt im harten Kern ein Programm der Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln. Bei Bankenrettung, Privatisierung, Niedriglohn und Zeitarbeit steht immer der Standortwettbewerb im Mittelpunkt. Der neoliberale Ausnahmezustand wird auf Dauer gestellt: nach Möglichkeit durch Zugeständnisse und Öffnungen, im Zweifelsfall mit dem Zwang von Troika und/oder Haushaltskommissar sowie einer Schuldenbremse, die einen Verfassungsrang erhält neben den Grundrechten. Griechenland, Spanien, Italien sind die Übungsplätze des autoritären Neoliberalismus. Das Wort von den »Krisenstaaten« verkehrt Ursache und Wirkung. Die organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus ist die Stunde der permanenten Staatsintervention. Die Exekutive hat das Sagen. Angela Merkel ist zum Erfolg verdammt, wenn sie ihrer Partei die Vorherrschaft sichern will.

Dies aber kann die CDU/CSU nur, wenn sie das autoritär-neoliberale Krisenmanagement mit punktuellen Neuorientierungen und Öffnungen verbindet. Sie hat bewiesen, dass sie auf Wachstumseinbrüche oder die Fukushima-Katastrophe schnell zu reagieren vermochte. Auch auf das Wegbrechen der FDP als Koalitionspartner hat sie sich mit der Forderung nach einer »Lohnuntergrenze« gegenüber der SPD geöffnet.

### **Die geschrumpfte FDP als Partei des Wachstums?**

Der FDP bleibt in einer solchen Konstellation wenig Platz. Und selbst den vermag sie nicht auszufüllen. Sie war durch den Konflikt um die Eurokrise zu einem Sonderparteitag gedrängt worden, den die Führung – weiter geschwächt – überstand. Ihrem Vorsitzenden, Philipp Rösler, fiel auf dem Dreikönigstreffen vom 6. Januar 2011 in der immer neuen Suche nach dem verlorenen »Markenkern« der Partei nur ein: »Wer die FDP wählt, bekennt sich zu einer starken Mitte. Wer die FDP wählt, bekennt sich zu einer deutschen Erfolgsgeschichte – der Sozialen Marktwirtschaft. Nur wir stehen dafür, dass diese Erfolgsgeschichte fortgesetzt werden kann.« Und er fügt an, was auf dem Parteitag im Herbst 2011 noch offen blieb, seine Bestimmung der neuen Rolle der FDP: »Denn nur die FDP steht dafür, dass Wachstum in Deutschland auch morgen noch möglich ist. Das ist unser Thema. Das ist unser Auftrag.« Auf dem Herbstparteitag wurde der Übergang von der FDP als Steuersenkungspartei zur Partei der Sozialen Marktwirtschaft behauptet<sup>9</sup>, die Drei Heiligen Könige begrüßt die FDP als Partei des Wachstums. Die Begünstigung der »Bessergestellten« erhält eine gesellschaftliche Funktion – Wachstum! Nur ist die Zahl derer, die heute noch glauben, dass die Bereicherung der Reichen die Gesellschaft insgesamt reicher macht, selbst bei den Besserverdienenden sehr gering. Immer öfter fordern selbst Millionäre eine Millionärssteuer.

Die Politik der CDU-geführten Regierung lässt für eine Profilierung der FDP als Partei des Wachstums gegenwärtig kaum Raum. Es ist fraglich, ob es der FDP gelingen kann, einen hinreichend starken Platz als marktliberale Kraft einer Mitte-Rechts-Regierung zu behaupten. Sie muss bitter erfahren, dass eine nackte Interessenpolitik ohne Wertebindung nicht hegemoniefähig ist. Ein erneuter Führungswechsel scheint überlebenswichtig. Bis auf Brüderle steht dafür aber kaum jemand zur Verfügung.

---

<sup>9</sup> Damals hieß es in Röslers Rede: »Wenn jetzt, so sehr wie vielleicht lange nicht mehr, in der Geschichte unseres Landes, eine Partei gebraucht wird, die sich für die Soziale Marktwirtschaft einsetzt – das schreiben sogar Kommentatoren – wieso kommt man bei dem Rufen ganz selten – Stand heute – auf die FDP? Vielleicht muss man sich da selbst-kritisch mal auch eine Schrecksekunde eingestehen, dass wir noch viel stärker deutlich machen müssen, dass wir wissen, dass Soziale Marktwirtschaft deutlich mehr ist als nur das Fordern von Steuersenkungen.« (Die Rede steht nicht bei der FDP im Netz, sondern wurde dem Autor auf Nachfrage zugesandt. Dafür sei hier gedankt.)

In der Frage der weiteren Entwicklung der Europäischen Union und vor allem des Euros vertreten CDU, CSU und FDP gemeinsam eine Politik, die eine weitere Institutionalisierung neoliberaler Politik durch die Umsetzung einer »automatischen Schuldenbremse« in nationales Recht und die stärkere Unterordnung der nationalen Politik unter die finanzmarktdominierten Richtlinien vorsieht. Primat wird der Zusammenarbeit der nationalen Regierungen unter deutsch(-französisch)er Führung zugemessen, verbal wird teilweise auch eine Stärkung der demokratischen Institutionen angemahnt. Die Europäische Union erscheint vor allem als Mittel der Realisierung wirtschaftsnationaler Interessen Deutschlands im globalen Wettbewerb.

### **Die zwei Optionen in der SPD – Mitte-Links-Partei oder Partei der besseren Krisenmanager**

Während CDU/CSU eine weitgehend einheitliche Orientierung entwickelt haben, hat die SPD gleich zwei Ansätze entwickelt. Der eine schlägt sich vor allem in der Rede Sigmar Gabriels und der vielen, mit großer Mehrheit angenommenen Beschlüsse des Herbstparteitages nieder, der andere wurde durch Peer Steinbrück und in gewisser Hinsicht auch durch Helmut Schmidt vertreten. Diese Spannung in der SPD kann eine Chance sein. Sie lässt aber auch mangelndes Profil, Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsstärke vermuten. Zunächst sei die Position des Parteivorsitzenden näher betrachtet.

Selbstbewusst begann Sigmar Gabriel seine Rede auf dem Bundesparteitag der SPD im Dezember 2011 mit den Worten: »Liebe Genossinnen und Genossen, als wir vor zwei Jahren in Dresden zusammengekommen sind, war die SPD in einer der größten Krisen der letzten Jahrzehnte. Heute können wir feststellen: Wir haben die Zeit genutzt und hart gearbeitet. Mit dem heutigen Bundesparteitag schließen wir unsere programmatische Neuausrichtung in allen wichtigen politischen Bereichen ab.«<sup>10</sup> Und er setzt sofort mit einer doppelten Akzentsetzung nach, indem er zunächst seine Vorgänger lobt: »Deutschland wäre nicht so gut durch die Finanzkrise gekommen, wäre nicht so gut aufgestellt, wenn wir es nicht vorher reformiert und in der Krise nicht so mutig und entschlossen gehandelt hätten«. Er nennt in diesem Zusammenhang mit Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück wichtige Architekten der Agenda 2010 und der Großen Koalition. Unmittelbar dann aber übt er eine deutliche Kritik an wesentlichen Elementen eben dieser Politik der SPD seit 1998: »Nie wieder, liebe Genossinnen und Genossen, darf eine sozialdemokratische Partei den Wert der Arbeit infrage stellen. Und nie wieder, liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir uns in dieser Frage noch einmal so weit von den deutschen Gewerkschaften entfernen. Das sind unsere wichtigsten Bündnispartner, liebe Genossinnen und Genossen. Die SPD ist nur dann glaubwürdig und erfolgreich, wenn sie die Partei der Arbeit ist. Guter Lohn für gute Arbeit und vor allen Dingen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für Leiharbeiter genauso wie für Frauen, liebe Genossinnen und Genossen: Das ist Richtschnur sozialdemokratischen Handelns.« Bei der Leih- und Zeitarbeit und beim Niedriglohnsektor hätte die SPD »Fehler« gemacht.

Sigmar Gabriel inszenierte den Bundesparteitag als Parteitag, der für einen Richtungswechsel der Politik steht. Er entwickelt in seiner Rede das Kontrastprogramm zur Rede Merkels auf dem Parteitag der CDU drei Wochen zuvor. Wo Angela Merkel auf die »Mitte« setzt, setzt er auf »Mitte-Links« – so auch die Überschrift der Parteitagswebsite. Wo sie erfolgreiche Kontinuität verspricht, da ginge es, folgt man Gabriel, »um eine ganz andere Richtung«. Der »marktkonformen Demokratie« Merkels, die von Gipfel zu Gipfel reist, um die Ratingagenturen und Märkte zufrieden zu stellen, stellt er den »demokratiekonformen Markt« gegenüber. Die neue und alte soziale Frage sei: »Demokratie oder Herrschaft der Finanzmärkte«. Er fügt hinzu: »Ich sage euch: Mir ist es eigentlich völlig egal, ob die Märkte zur Ruhe kommen; ich will, dass die Menschen wieder ruhig schlafen können! In Europa dafür zu sorgen, ist unsere Aufgabe, und nicht, uns um die Märkte zu kümmern.«

Der verbale Unterschied zu dem berühmten Schröder-Blair-Papier von 1999 könnte kaum größer

---

<sup>10</sup> Rede Sigmar Gabriel auf dem SPD-Bundesparteitag am 5. Dezember 2011 in Berlin ([http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/21738/20111205\\_rede\\_gabriel\\_05.12.11.html](http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/21738/20111205_rede_gabriel_05.12.11.html)).

sein. Diese beiden Regierungschef hatten damals für den »Weg nach vorn« plädiert, was einer Absage an Links gleichkam und das »Moderne« zum Leitbegriff erhob. »Neue Mitte« (SPD) und »Dritter Weg« (Labour) wurden zum Markenzeichen, Fairness war der Ausgangswert, die Gleichheit wurde kleingeredet, der Staat solle sich gegenüber Märkten eher zurückhalten und aufhören, Sicherheit universell zu garantieren.<sup>11</sup> Gabriels Problemdiagnose zwölf Jahre später sieht anders aus: »Die Zeitenwende, vor der wir im Augenblick stehen, stellt uns vor gewaltige Herausforderungen: die Macht der Finanzmärkte zu brechen, die überbordende Staatsverschuldung zu senken, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wieder zusammenzuführen und die ökologische Frage, also die ungebremste weltweite Erwärmung unseres Planeten, zu beantworten.«

Dabei hat Gabriel die »Neue Mitte« nicht vergessen. Das Bekenntnis zu Marktwirtschaft, Wettbewerb und unternehmerischer Freiheit bleibt erhalten, die SPD wird sogar zur Heimat des Liberalismus in Deutschland erklärt. Aber aus dem Sturz Schröders zieht er den Schluss: Die SPD kann nur dann wieder Kanzlerpartei werden, wenn sie die Mehrheiten nicht nach rechts, sondern nach links verschiebt, wenn sie sich nicht vor allem an den oberen Mittelschichten orientiert, sondern an der bedrohten sozialen Mitte und auch ihre unteren Gruppen nicht vergisst. Gabriel wirft der SPD unter seinen Vorgängern Schröder und Müntefering (»manchmal«) Pragmatismus ohne deutlichen Bezug auf linke Werte vor und distanziert sich sogar von Helmut Schmidt, dem lebenden Übervater der Partei und Schutzpatron des jetzigen Kanzleranwärters und Gabriel-Konkurrenten Steinbrück.<sup>12</sup> Ohne die Personen beim Namen zu nennen, kritisiert er u.a. Schröder, Clement und Riester, »die, nachdem sie Minister waren, hinterher in dem Bereich, für den sie zuständig waren, dann einen Job in der Wirtschaft bekommen«.

Hinwendung zu den Menschen mit ihren Problemen vor Ort, wo es »auch gelegentlich stinkt«, »Compassion« im Sinne Willy Brandts, mehr »Bescheidenheit und Demut gegenüber den Lebensverhältnissen der Menschen und ihrem Alltag«, moderate Steuererhöhungen für die Reichen und höhere Ausgaben in Bildung und in den Kommunen sowie eine aktive Industriepolitik seien die Voraussetzungen für Mehrheiten, so Gabriel: »Das ist Politik für die Mehrheit und für die Mitte in Deutschland. Die anderen haben die Deutungshoheit über die Mitte in Deutschland längst verloren. Lasst uns jetzt etwas daraus machen. Die Mitte in Deutschland, die Mitte in Europa, das ist wieder Mitte-Links, liebe Genossinnen und Genossen, Mitte-Links!«<sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> So hieß es: »Die Ansicht, dass der Staat schädliches Marktversagen korrigieren müsse, führte allzu oft zur überproportionalen Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie, im Rahmen sozialdemokratischer Politik. Wir haben Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn – zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben.« (<http://www.albanknecht.de/materialien/Schroeder-Blair-Paper.pdf>)

<sup>12</sup> »Ihr alle kennt den Satz von Helmut Schmidt: ›Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen.« Der Helmut möge mir verzeihen – ich finde alles richtig, was er gesagt hat, aber in dem einen Satz stimme ich ihm nicht zu: Wer Visionen hat, der muss wieder zu uns kommen, liebe Genossinnen und Genossen, zur SPD.«

<sup>13</sup> Dieser Gedanke der Mehrheit wird weiter präzisiert, wenn Gabriel sagt: »Wir kämpfen dabei übrigens um drei Mehrheiten: natürlich um die soziale Mehrheit. Das ist die Mehrheit der Menschen, die soziale Verantwortung und Sensibilität besitzen. Sie wissen, dass ohne soziale Gerechtigkeit keine moderne Demokratie lebensfähig ist. Diese Mehrheit war stets bei uns, bei der SPD, zu Hause. Wir brauchen aber auch eine wirtschaftliche Mehrheit. Das sind Unternehmer, Selbstständige, Kreative, Handwerksmeister, aber eben auch Menschen, die wissen wollen, wie wir der Wirtschaft Schwung geben und neue Jobs schaffen. Sie wollen wissen, wie wir Wachstum und Innovation voranbringen. Auch die vielen sogenannten kleinen Leute, die hart arbeiten und oft schlecht bezahlte Jobs haben, wollen das übrigens wissen. Ohne diese Wirtschaftskompetenz war die SPD in ihrer Geschichte nie mehrheitsfähig und deshalb geht es uns auch um diese wirtschaftliche Mehrheitsfähigkeit. Nicht zuletzt geht es um die kulturelle Mehrheit. Hier entscheiden sich übrigens mehr und mehr die Wahlen, weil es um Emotionen und gelebte Werte in einer Gesellschaft geht. Hier geht es um die gelebte kulturelle Vielfalt in einem modernen Einwanderungsland, das sich endlich auf den Weg machen muss, um vom Einwanderungsland, das wir längst sind, zu einer echten Einwanderungsgesellschaft mit echter Teilhabe in dieser Gesellschaft zu werden.«

Selbst eine moderate Wachstumskritik fehlt nicht und anstelle von dem Schröder-Lafontaine-Slogan der Bundestagswahl 1998 »Innovation und Gerechtigkeit« wird von »Fortschritt und Gerechtigkeit« gesprochen und der Fortschrittsbegriff eng mit sozialem und humanem Fortschritt verbunden.

Sigmar Gabriels Rede, die hier so ausführlich wiedergegeben wurde, atmet den Geist eines linken Volkstribuns. Aber er selbst macht zugleich an einem Punkt deutlich, was ihm selbst fehlt – Glaubwürdigkeit. So sieht er sich gezwungen, sehr ausführlich zu begründen, warum eine sehr moderate Erhöhung der Steuern bei Spitzenverdienern gerechtfertigt sei und führt noch einmal die Steuergeschenke der SPD an die Oberschichten mit der Bemerkung an: »Wir sind echt friedfertig.« Nun aber sei von diesen Gewinnern der Agenda 2010 (der Terminus fällt an keiner Stelle) »Sozialpatriotismus« gefordert. Nach dieser Einleitung aber macht er sein wirkliches Verhältnis zu den Klassen in Deutschland deutlich: »Ich finde jeden Reichen und Millionär dufte, ich wäre übrigens selber gerne reich«. Man lese diesen Satz eines Vorsitzender der Partei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Ruhe zum zweiten Mal: »Ich finde jeden Reichen und Millionär dufte, ich wäre übrigens selber gerne reich«.

Wie wichtig ihm dieser Satz ist, macht die nachfolgende Bemerkung deutlich: »Ich nehme an, außer mir will das im Saal fast keiner.« Solche bemühte Ironie ist Ausdruck tiefsten persönlichen Ernstes. Und dann fügt Gabriel hinzu: »Aber wir wissen doch auch: Kein Mensch wird nur durch eigene Leistung reich und wohlhabend.« Damit aber wird persönlicher materieller Reichtum als das entlarvt, was er ist – private Aneignung fremder Arbeit und gesellschaftlichen Reichtums jenseits von eigener Leistung, sprich: Ausbeutung. Nur wird es nicht so genannt. Der strategische Verstand des Sigmar Gabriel spricht »Mitte-Links«, das Herz und persönliche Wollen aber ist ganz dem Oben in der Gesellschaft zugewandt – Seit' an Seit' mit den »duften Reichen«.

Auch wenn die Rede von Sigmar Gabriel zum Sozialen und Linken geöffnet ist, die wirkliche Auseinandersetzung mit dem Systemwechsel im Sozialstaat, die unter Gerhard Schröder vollzogen wurde, bleibt aus. Auch deshalb mangelt es der Mitte-Links-Option der SPD an Glaubwürdigkeit. Nicht erst seit dem Sturz von Andrea Ypsilanti in Hessen unter aktiver Mitwirkung der Bundes-SPD fehlt zudem auch der energische Wille, fehlt eine überzeugende Machtpolitik. Nicht nur im Umgang mit der Linkspartei hat Gabriel seit 2009 immer neue Chancen für eine wirkliche Linksverschiebung in Deutschland ungenutzt verstreichen lassen. Ein überzeugender Kanzlerkandidat der SPD sieht anders aus.

Peer Steinbrück inszenierte sich am dritten Tag des Parteitages der SPD bewusst als Gegenspieler des amtierenden Parteivorsitzenden. Schon seine Gratulation zu Gabriels Wiederwahl ist vergiftet: »Hättest du ein noch besseres Ergebnis erzielt, dann würde ich dich jetzt Erich nennen, aber mit den 91,5 Prozent kannst du und kann die Partei wunderbar leben.« Er bekennt sich anders als Gabriel ohne Wenn und Aber zum Kurs der Partei zwischen 1998 und 2009: »Wo stünde die Bundesrepublik Deutschland heute ohne die teilweise bitteren Reformen und Maßnahmen in der Regierungszeit von Gerhard Schröder und ohne die Beiträge sozialdemokratischer Minister und Ministerinnen in der Großen Koalition? Die schwarz-gelbe Bundesregierung profitiert davon. Aber wir dürfen, wie ich finde, mit mehr Selbstbewusstsein über das reden und das darstellen, was uns in diesen letzten zehn Jahren gelungen ist.« Die ganze Kritik an der neoliberalen Entfesselung des Finanzmarkt-Kapitalismus wird mit den Worten abgefangen: »Selbstkritisch ist hinzuzufügen, dass auch wir Sozialdemokraten uns diesem Paradigma der Deregulierung wahrscheinlich zu lange, zu widerstandlos ergeben haben... Das schließt eigene Irrtümer ein, insbesondere mit Blick auf meine deutliche Unterschätzung dessen, was sich im Schattenbankenwesen entwickelt hat mit enormen Risiken.« In einem kurzen Satz nur bemerkt der Finanzminister der Großen Koalition über sein Wirken in der Krise 2007/9: »Wir haben es versäumt, das Fenster zwischen dem Herbst 2008 und Frühjahr 2009 für eine weitergehende Regulierung und Aufsicht zu nutzen. Das ist zuzugeben.«

Was wäre dies eigentlich für ein vernichtendes Urteil, da gerade Steinbrück die Fähigkeit zum »Machen« in den Vordergrund stellt. Nicht auf »das gut Gemeinte«, sondern auf »das gut Gemachte« komme es doch an, »Regierungsfähigkeit« und »Regierungswillen«. Und dies, so die

implizite Kritik an der gesamten Ausrichtung der SPD seit 2009 unter Gabriel, sei »nicht der Rückzug auf das Parteiverträgliche und nicht alleine unsere Selbstvergewisserung«, sondern »die inhaltliche Öffnung auf eine sich verändernde Welt und eine sich verändernde Gesellschaft«. Steinbrück fügt hinzu: »Mehrheiten gewinnen wir mit Angeboten, die über die Grenzen der SPD hinaus als vernünftig, als konsistent angesehen, von einer klaren politischen Haltung geprägt sind – und deshalb auf Zustimmung stoßen. Das gilt nicht nur, aber das gilt im Besonderen für den Bereich von Wirtschaft und Finanzen, wo die SPD – das tut ein bisschen weh – trotz unserer (sprich: Steinbrücks vor allem – M. B.) Leistung nach wie vor um die Anerkennung ihrer Kompetenz werben muss.« Der von Gabriel entwickelte Ansatz von Mitte-Links erscheint insgesamt als eine zwar notwendige Hinwendung zu den Stammwählern der SPD, aber keinesfalls zentral, um die Kanzlerschaft zu gewinnen.

Unterschiede zu Gabriel macht Steinbrück deshalb auch bei der Frage, wie Mehrheiten für eine sozialdemokratische Regierung entstehen können. Während dieser die oberen Schichten zu mehr »Sozialpatriotismus« auffordert und sich den bedrohten Arbeitnehmern zuwenden will, insistiert Steinbrück, die »SPD ist die Partei«, »die das Bündnis zwischen den Starken und Schwachen organisieren muss. Aber dann darf man die Starken auch nicht verprellen, weil dann dieses Bündnis nicht zustande kommt.« Die Forderung nach Steuererhöhungen, die Gabriel als »friedfertig« bezeichnet, nennt Steinbrück »prohibitiv«. Die Vermögensbesitzer erscheinen als Vetomacht. Steuererhöhungen würden die Wahlchancen für die SPD sinken lassen. Die Standortsicherung der deutschen Industrie wird durch den selbsternannten Kanzleranwärter (»Der Zeitpunkt wird kommen, wo ich mich in Absprache mit zwei oder drei Führungspersönlichkeiten der SPD darüber zusammensetze.«) ins Zentrum gerückt. Rohstoffsicherung und Industriepolitik erhalten den zentralen Stellenwert. Der Staat wird weiter vor allem als Promotor von Marktkräften gesehen, soweit sie nicht – wie in Teilen des gegenwärtigen Finanzsektors – als rein spekulativ angesehen werden. Das Motto von Karl Schiller »Soviel Markt als möglich, soviel Staat als nötig« wird am Ende der Rede berufen, die SPD zur Erbin von Ludwig Erhard erklärt. Und wenn er abschließend erklärt, »wir werden über Steine gehen müssen«, so ist ein Schelm, wer da nicht an *Steinbrück* denkt oder notfalls auch *Steinmeier* assoziiert, auf keinen Fall aber Gabriel im Sinn hat.

Die Differenzen zwischen den beiden skizzierten Optionen innerhalb der SPD treten zurück, wenn es um die Frage der Krise des Euros und der Zukunft der Europäischen Union geht. Die SPD sieht keinen anderen Ausweg als den einer teilweisen Vergemeinschaftung der Schulden, um das Zinsniveau für Länder wie Griechenland oder Spanien zu senken. Sie will diese in die Pflicht zum Sparen nehmen und fordert zugleich, die Wachstumspotentiale zu stärken. Es ist Helmut Schmidt, der an die Folgen einer harten Austeritätspolitik erinnert: »Wir dürfen aber auch keineswegs für ganz Europa eine extreme Deflationspolitik propagieren. Vielmehr hat Jacques Delors recht, wenn er verlangt, mit der Gesundung der Haushalte zugleich wachstumsfördernde Projekte einzuleiten und zu finanzieren. Ohne Wachstum, ohne neue Arbeitsplätze kann kein Staat seinen Haushalt sanieren. Wer da glaubt, Europa könne durch Haushaltseinsparungen allein gesund werden, der möge gefälligst die schicksalhafte Wirkung von Heinrich Brünnings Deflationspolitik 1930/32 studieren. Sie hat eine Depression und ein unerträgliches Ausmaß an Arbeitslosigkeit ausgelöst und damit den Untergang der ersten deutschen Demokratie eingeleitet.«

Die SPD will die Europäische Gemeinschaft vertiefen und die föderalen Strukturen über die Zusammenarbeit der Regierungen hinaus stärken, wie Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede betonte: »Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir heute sagen, wir brauchen mehr Europa, dann müssen wir auch sagen: Unser Europa braucht mehr Demokratie. Unser Europa ist kein Europa der Geheimabsprachen und Notverordnungen. Wir wollen nicht zurück ins 19. Jahrhundert – da kommen wir her –, sondern wir wollen am Europa für das 21. Jahrhundert bauen.«

Nach diesem Parteitag der SPD ist offen, wie sie in die Bundestagswahl 2013 gehen wird – ob als Partei eines Richtungswechsel hin zu Mitte-Links oder aber als Partei der besseren Macher. Die Entscheidung darüber wird sicherlich auch davon abhängen, ob die Merkel-Regierung sich weiter

als hinreichend gute Krisenmanagerin bewährt oder daran scheitert und die CDU massiv an Zustimmung in der Bevölkerung verliert. Vielleicht ist Steinmeier der siegreiche Dritte, der die beiden genannten Optionen im Wahlkampf zu vereinen verspricht.

### **Antwort: Grün. Was bleibt vom Green New Deal?**

Die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* hat auf ihrem Parteitag vom 25. bis 27. November 2011 in Kiel ihre programmatische Vorbereitung auf den Bundestagswahl 2013 abgeschlossen. Sie zog die Lehren aus dem Verlust der Regierungsbeteiligung 2005 und der Krise. Die Schlussfolgerung ist eine doppelte – Integration der sozialen Frage in die »Antwort: Grün« sowie Abkehr von Green New Deal als einem kreditfinanzierten Projekt. Beides stellt die Grüne Partei vor größte Herausforderungen an ihre eigene Glaubwürdigkeit und Identität. Beides zusammen erweitert ihr Profil und schränkt ihren strategischen Ansatz ein. Die Brücke, die gebaut wird, um die damit verbundenen Spannungen auszuhalten, ist – Demokratie. Demokratisierung rückt in den Mittelpunkt, wo Geld knapp ist und Umverteilung nicht zentral wird.

Anders als CDU oder CSU geschweige denn FDP wurde der Parteitag der Grünen nicht durch die zentralen Reden, sondern durch die in umfassenden Diskussionen vorbereiteten Beschlüsse dominiert. In der folgenden Analyse haben sie deshalb auch einen hohen Stellenwert. Partizipation breiter AktivistInnenkreise und kollektive Führung schließen sich in dieser Partei gegenwärtig nicht aus und stehen auch nicht nebeneinander.

Mitgliedschaft wie Wählerschaft der Grünen sind weiterhin die kulturell qualifizierten und gut gestellten Mittelschichten. Aber umso mehr die Wählerschaft sich erweitert hat, umso mehr sind von den Grünen Antworten gefordert, die über ihre unmittelbare »Klientel« hinausgehen. Wie die Ko-Vorsitzende der Partei, Claudia Roth, in ihrer Parteitagsrede betonte, seien die Erfolge der Grünen wie in Baden-Württemberg dem Umstand geschuldet, dass »die Menschen nämlich sehen, dass grüne Politik Jobs von morgen anschiebt, und die materielle Grundlage dieser Gesellschaft revolutioniert und zukunftsfähig macht«. Die Grünen (und nicht mehr die SPD!) seien jetzt »Partei der Arbeit«<sup>14</sup> – aber in neuer Weise: »Benzin im Blut und Beton im Kopf liefern keine Antworten mehr«. Die Grünen stehen aufgrund gerade ihrer Erfolge unter dem Druck, modernisierte Volkspartei sein zu müssen – Gruppen weit über ihre unmittelbare Wählerschichten hinaus vertreten zu wollen, ohne ihren Unterstützerkern zu verlieren. In Baden-Württemberg ist ihnen dies bei den Wahlen 2011 gelungen.

Das Scheitern von Rot-Grün 2005 war – so die bittere Erkenntnis – der Tatsache geschuldet, dass die Schröder-SPD die »soziale Frage« durch die Orientierung auf eine »Neue Mitte« abgelöst hatte. Seit damals können die Grünen sich nicht mehr auf die Arbeitsteilung mit der SPD im Sinne von »SPD ist sozial, wir sind ökologisch« verlassen. Sie wollen es auch nicht mehr. Claudia Roth dazu: »Es braucht neben dem ökologischen auch einen sozialen Umbau, den wir vorantreiben müssen«<sup>15</sup>. Wozu die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert: »Für die Partei birgt das eine der heikelsten Debatten, denn dahinter steckt die Frage der Umverteilung... Dagegen sind Debatten zu Rechtsextremismus, Demokratie und Europa... wahre Harmoniegaranten.«

Wie schwierig es für die Grünen immer noch ist, sich der sozialen Frage zuzuwenden, zeigt nicht nur das gerade zitierte Nebeneinander von ökologischer und sozialer Frage, sondern wird auch an anderen Stellen deutlich. So wurde ein ganzer umfangreicher Passus zur Umgestaltung der Europäischen Union in eine »Solidargemeinschaft« mit starken Mindeststandards und nach oben gerichteten »Regelungskorridoren« erst im Nachhinein in den Beschlussentwurf zu Europa eingefügt. Die im Ergebnis aber beschlossenen Forderungen sind relativ umfassend und reichen von einem europaweiten Mindestlohn (bezogen auf den jeweiligen nationalen Durchschnittslohn), Mindestsätze für die Arbeitslosen- und Sozialtransfers sowie für Renten und

---

<sup>14</sup> Soweit nicht anders vermerkt, sind die Zitate vom Portal der Grünen zu ihrem Herbstparteitag 2011 entnommen.

<sup>15</sup> Zitiert aus: Umbau und Umverteilung. Grüne bereiten bei Klausuren Bundestags-Wahlkampf vor. In: *Süddeutsche Zeitung*, 9. Januar 2012, S. 5.

die Gesundheitsvorsorge. Die Leistungen sollen durch ein europäisches Zusatzsystem übertragbar werden.

Im Beschluss »Sozialökologische Transformation der Wirtschaft. Der Green New Deal« wird die soziale Säule als dritte nach der Regulierung der Finanzmärkte und dem sozialökologischen Umbau eingefügt. Er bleibt aber gegenüber den anderen Säulen noch schwach: Es geht fast nur um die Sicherung bestimmter Mindeststandards und die soziale Abfederung von Lasten der ökologischen Umstellung der Wirtschaft. Insgesamt jedoch hat sich die Erkenntnis von der Bedeutung der sozialen Frage für eine erfolgreiche und zukunftsfähige Politik weitgehend durchgesetzt. Wie Cem Özdemir, Ko-Vorsitzende der Partei, auf dem Parteitag betonte, könne man »die Debatte um die Zukunft des Euro und der Europäischen Union ... nicht trennen von der Debatte um die soziale Gerechtigkeit und Solidarität in Europa.« Und dies gelte – so die immer wieder betonte Einsicht – für alle Fragen der Gegenwart.<sup>16</sup>

Der Green New Deal ist weiterhin ein wesentlicher Punkt grüner Politik, auch wenn seine Fähigkeit zur umfassenden Politikintegration geschwächt scheint. Die Grünen sind damit konfrontiert, dass ein schneller ökologischer Umbau *innerhalb* der gegebenen Rahmenbedingungen unmöglich geworden ist, oder wie Jürgen Trittin, einer der beiden Fraktionsvorsitzenden, sagt: »Nun müssen wir uns der neuen Situation stellen. Wir haben in Europa massiv überschuldete Haushalte. Es ist die Grenze dessen erreicht, was kreditfinanziert machbar ist. Für den Umbau brauchen wir mehr Einnahmen. Wir müssen Schulden abbauen, damit der Staat wieder handlungsfähig ist.«<sup>17</sup> Im Beschluss zur »Grünen Finanzpolitik« wird darauf verwiesen, dass eine solche Politik solide sein müsse und »keine unhaltbaren Versprechungen« machen dürfe. Hauptziel sei: »Sie muss einen Beitrag zur Überwindung der sozialen Schieflage und der ökologischen Transformation innerhalb des ehrgeizigen Rahmens aus Schuldenbremse und europäischen Stabilitätskriterien« leisten. Dieser Rahmen selbst wird nicht infrage gestellt, obwohl die Grünen im Bundestag gemeinsam mit der Partei DIE LINKE gegen die Schuldenbremse gestimmt hatte.

Das Potential aus dem »Grünen Dreiklang von Subventionsabbau, Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen« betrage rd. 23 Mrd. Unter anderem genannt: Anhebung der Einkommenssteuer ab 80 Tsd. Euro Einkommen auf 49 Prozent, Abschaffung der Abgeltungssteuer für Zinseinnahmen von 25 Prozent und deren Besteuerung wie alle anderen Einnahmen auch; Anhebung der Erbschaftssteuer auf USA-Niveau, Abschaffung der Entfernungspauschale (auch wenn dafür kaum Durchsetzungschancen gesehen werden), die Nutzung des Solidaritätszuschlags zum Aufbau eines Altschuldentilgungsfonds, eine Reform der Unternehmensbesteuerung sowie eine einmalige und zeitlich befristete Vermögensabgabe (für rd. 1 Prozent der Bevölkerung) über mehrere Jahre sowie auch die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs für Spritfresser. Eine erhöhte Verschuldung zur Finanzierung des sozialökologischen Umbaus wird ausgeschlossen. Die Möglichkeit, dass eine Anschubfinanzierung des sozialökologischen Umbaus durch Schulden zu einem späteren Zeitpunkt deutlich höhere Einnahmen der öffentlichen Haushalte generiert, wird nicht thematisiert. Man sieht auf jeden Fall keine Durchsetzungsmöglichkeiten für eine derartige Politik.

In der Konsequenz konzentriert sich der Green New Deal damit vor allem auf eine Modifikation des Ordnungsrahmens (bei Preisen und Subventionen, der Förderung kleiner und mittlerer

---

<sup>16</sup> Dies wird auch dann deutlich, wenn behauptet wird: »Der drängendste Grund, unser Wirtschaften zu ändern, ist der Klimawandel.« Es werden nicht globale Armut, Ungerechtigkeit, Ressourcenkriege oder auch die bloße Vergeudung von Lebenszeit für die Herstellung unsinniger Güter bzw. die Übermacht von Kapitaleliten genannt, sondern das Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf zwei Prozent. Vielleicht würde dieses Ziel viel realistischer formuliert werden können, wenn man dies umdreht. Dann könnte sich erweisen, dass die ökologische Wende vor allem dann kommt, wenn die drängendsten sozialen Fragen ökologisch nachhaltig bearbeitet werden.

<sup>17</sup> » Rot-Grün kommt...“ Interview mit Jürgen Trittin (<http://www.freitag.de/1151-rot-gr-n-kommt> - abgerufen am 17.2.2012).

Unternehmen sowie von Clustern der Entwicklung neuer Technologien) und darauf, »der Industriepolitik Impulse (zu) geben, sich insgesamt unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten zu erneuern und zukunftsweisende Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare Energien-, der Automobil-, der Chemieindustrie oder dem produzierenden Gewerbe«. Cem Özdemir begründet in diesem Zusammenhang das Modell einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und betont: »Die Politik wird den E-Wagen nicht erfinden, das ist Sache der Unternehmen und unserer Ingenieure.« Das Wort von »unseren Ingenieuren« zeigt, wie sehr die Grünen in der Welt der modernen Produktivkräfte angekommen sind. Eine »Aufteilung in gute und schlechte Industrien« dürfe nicht vorgenommen werden. Der »E-Car« sei Mobilitätsform der Zukunft. Es wird ein Programm der ökologischen Erneuerung formuliert, dass weit entfernt ist von einem wirklichen Strukturwandel hin zu einer anderen Produktions- und Lebensweise. Im Beschluss »Mehr Demokratie ist die Lösung« wird – so weitgehend er sonst ist – die Frage der demokratischen Planung von volkswirtschaftlichen Gesamtprozessen nicht aufgenommen. Wie aber soll dann ein schneller ökologischer Umbau überhaupt erfolgen?!

Umverteilung wird auf diesem Parteitag zur dritten Säule des Green New Deal. Zu ihr gehören ein Mindestlohn von 7.50 Euro (deutlich unter den Forderungen der Gewerkschaften) und die Forderung nach höheren Löhnen. Dies sei auch ein Beitrag zum Abbau der Ungleichgewichte in der Eurozone und zur Stärkung der Binnennachfrage. Es werden konkrete Vorschläge gemacht, Belastungen einer ökologischen Wende durch Stromsparmchecks, Klimawohngehd und sozialökologische Stromtarife abzufedern. Die energetische Sanierung einkommensschwacher Wohngebiete soll gefördert werden.

Auch in den Beschlüssen »Mehr Demokratie ist die Lösung« und »Die Vielfalt leben – für eine inklusive Gesellschaft« wird die Hinwendung zur sozialen Frage überdeutlich. Diese würden auch die Demokratiefrage neu stellen. Bei den Formen direkter Demokratie müsse beachtet werden, dass sie nicht vor allem die ohnehin schon Privilegierten (Interessengruppen, die Exekutive, die Bessergestellten, die Männer) weiter stärken. »Gleiche gesellschaftliche Ressourcen und institutionelle Zugänge zu Entscheidungsprozessen« seien die Voraussetzung für politische Gerechtigkeit. Diese politische Gerechtigkeit wird zu einem neuen Kernbegriff. Sehr ausführlich werden Vorschläge für institutionelle Reformen vorgelegt. Dazu gehören die Stärkung der direkten wie repräsentativen Demokratie, die Einschränkung des Lobbyismus und die Informationsfreiheit. Die Grünen beweisen ihre Kompetenz bei der Demokratisierung der Demokratie: Jedes der Schwerpunktfelder ist mit sehr konkreten Positionen verbunden – von der Umsetzung einer verstärkten BürgerInnenbeteiligung über das »Hörbarmachung der leisen Stimmen« bis hin zur Wirtschaftsdemokratie. Konkret sind auch die Forderungen zur Stärkung der demokratischen Institutionen der EU bis hin zur Direktwahl des Führungspersonals. Die Widersprüche, die mit der Umverteilung verbunden sind, treten in den Hintergrund.

Symptomatisch ist die ausführliche Formulierung von Vorschlägen zur »Stärkung der Demokratie in der Wirtschaft«. Die Distanz zu den Gewerkschaften und den ArbeitnehmerInnenrechten scheint überwunden – zumindest in den Dokumenten zur Demokratie. Es heißt: »Zur Stärkung der Politischen Gerechtigkeit wollen wir das Wirtschaften allerdings nicht allein ordnungspolitisch einhegen. Es gilt auch, Unternehmen und das Kammerwesen (Selbstverwaltungsorgane in Wirtschaft, der berufsständischen Organisationen und im Bereich des Sozialen – M. B.) von innen heraus zu demokratisieren.« Kühn wird behauptet: »Wirtschaftsdemokratie ist ein urgrünes Ziel.« Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung auf Betriebe ab 1000 Beschäftigte oder die Erweiterung der im Betriebsrat zustimmungspflichtigen Entscheidungen und angemessene Löhne werden aufgeführt. Das Belegschaftseigentum jenseits der solidarischen Ökonomie aber fehlt.

Der Beschluss »Die Vielfalt leben – für eine inklusive Gesellschaft« ist konstitutiv für das Bemühen der Grünen, ein schlüssiges Gesamtprofil zu entwickeln. Auch dadurch schon unterscheiden sie sich von den bisher betrachteten Parteien – sie treten im Vorfeld der Bundestagswahlen in ganzer Breite an. Der Beschluss stellt das Leitbild einer inklusiven

Gesellschaft dar<sup>18</sup> und formuliert Vorschläge wie die eines sozio-kulturellen Existenzminimums, des Ausbaus von Bildung und der Entwicklung einer bestmöglichen öffentlichen Infrastruktur, der rechtlichen Anerkennung von Vielfalt (auch im Grundgesetz) sowie von doppelter Staatsangehörigkeit und kommunalem Wahlrecht für AusländerInnen. Wie schwierig es dabei wiederum für die Grünen ist, mit der sozialen Frage umzugehen, zeigt die folgende Formulierung gleich am Beginn des Beschlusstextes: »Uns geht es darum, in einer blockierten und ausgrenzenden Gesellschaft echte Teilhabe für alle und Aufstiegsmöglichkeiten auch für die bisher Benachteiligten zu schaffen, die es heute noch aus unterschiedlichsten Gründen schwerer haben.« Statt die Überwindung einer »blockierten und ausgrenzenden Gesellschaft« zu fordern, wird das Unmögliche postuliert: die Möglichkeit von echter Teilhabe für alle *in* einer solchen Gesellschaft!

Es sei eine letzte Besonderheit der Beschlüsse der Grünen hervorgehoben – ihre Tendenz, Begriffe aus dem englischsprachigen Raum zu benutzen. Dies gilt nicht nur für den Zentralbegriff *Green New Deal*, sondern selbst für die alte Forderung des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, die in *equal pay* ausgedrückt wird. Alle Parteien haben Schwierigkeit, die Spannung zwischen der Sprache der ExpertInnen und der Bevölkerung zu überbrücken. Die Grünen haben zusätzlich das Problem, die Kluft zwischen der anglophilen Umgangssprache der kulturellen und technikorientierten Mittelschichten und den unteren Mittelschichten zu vermitteln.

Die Grünen versuchen mit ihrer strategischen Profilierung, sich erstens als Vertreter der solidarischen Mittelschichten zu erweisen. Sie sprechen deren Sprache, sie rücken deren Forderungen ins Zentrum rücken. Ihre Interessen sind es, die sie verallgemeinern will. Dies ist ihnen möglich, indem sie diese Einstellungen und Interessen zweitens mit einem Programm der wirtschaftlich-sozialen und ökologischen Erneuerung verbinden. Das soll einerseits für größere Teile des Unternehmertums, selbst für wesentliche Kapitalfraktionen, und andererseits für die qualifizierten Teile der Beschäftigten interessant sein. Von hier aus soll dann drittens die soziale Frage im Sinne von Inklusion und Integration bearbeitet werden. Die soziale Frage ist nicht zum Ausgangspunkt, aber zu einem wesentlichen Teil der Programmatik geworden.

Die Grünen haben ein Umbau- und Zukunftsprojekt formuliert, das unterstellt, dass sich die gegensätzlichen Interessen, die vor allem mit der Frage der Umverteilung von Vermögen, aber auch von Eigentum und Macht verbunden sind, weitgehend harmonisch auflösen. Aber wie glaubwürdig ist die Berufung auf den New Deal von Roosevelt, wenn dessen Wille zur scharfen Kritik, zu umfassender Umverteilung, zur Stärkung der Gegenkräfte gegenüber einem entfesselten Kapitalismus so sehr fehlt? Während in der FAZ ein Kampf um ein Für oder Gegen zum Kapitalismus tobt, ist dieses Wort in der Partei Die Grünen offensichtlich tabu. Realpolitisch haben sich die Grünen auf ein Programm der ökologischen und sozialen Erneuerung auf der Grundlage einer vorsichtigen Verschiebung der Kräfteverhältnisse verständigt. Die grüne Programmatik kann zu einem Einstieg in eine andere Politik werden, aber nur bei mehr Mut zum wirklichen gesellschaftlichen Konflikt.

### **Die Partei DIE LINKE schärft ihr Profil – nicht ohne Verluste**

Auf ihrem Erfurter Parteitag im Oktober 2011 hat die Partei DIE LINKE mit großer Mehrheit ihr neues Programm beschlossen und einem Mitgliederentscheid unterworfen, der dieses Votum bestätigte. Das Dokument verbindet eine grundsätzliche Gesellschafts- und Kapitalismuskritik mit einem umfassenden Reformprogramm, eine fundamentale Absage an den Kapitalismus mit radikalem Reformismus. Gewerkschaftliche, feministische, ökologische und libertäre Positionen

---

<sup>18</sup> »Diese Freiheit meint nicht nur bürgerliche Rechte wie die Wahlfreiheit, Berufs- und Gewerbefreiheit. Sie meint die Freiheit in allen Lebensbereichen, so auch in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und Mobilität. Jedes Individuum hat unabhängig von seinen persönlichen Merkmalen aufgrund seines Menschseins den gleichen Anspruch auf Würde, auf barrierefreien Zugang zu Infrastruktur, zu Produkten und Dienstleistungen und die gleichen Rechte auf Teilhabe an der Gesellschaft. Es geht um die gleiche Freiheit für jede und jeden, mit Unterstützung und durch eigene Anstrengung etwas aus seinem Leben machen zu können. Es geht um ein selbstbestimmtes Leben und die gleichen Lebenschancen für alle.«

werden aufgenommen, die Realität der modernen Wissensgesellschaft scheint auf. Ein umfassender Umbau der Eigentumsverhältnisse wird gefordert. Seine Darstellung prägt das Sozialismusverständnis.

So bedeutsam für die innerparteiliche Selbstverständigung Parteiprogramme auch sein mögen, entscheidend ist immer, welche Schwerpunkte durch die Politik der Partei gesetzt werden. Die Differenz zwischen den programmatischen Dokumenten und der erklärten Politik ist bei der Partei DIE LINKE größer als bei den Grünen. Auch ist das Parteiprogramm zu heterogen, um eine konsistente Strategie zu begründen. Wie auch bei den schon analysierten Parteitagen der anderen Parteien sollen deshalb die wesentlichen Reden des Parteitags herangezogen werden. Dies wird ergänzt durch einen Blick auf die Reden zum Jahresauftakt der Partei DIE LINKE Mitte Januar 2012, die ganz im Zeichen heftiger Personaldiskussion und der bei sechs bis acht Prozent stagnierenden Umfrageergebnisse standen.

Ausgehend davon, dass sich immer mehr Menschen gegen die Herrschenden empören, Occupy war zum Symbol geworden, hat die Ko-Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch, auf dem Erfurter Parteitag die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als Grundmerkmal der Partei und ihres Programms bezeichnet. Der ungerechten und zerstörerischen Gesellschaft der Gegenwart stellt sie das Leitbild einer »solidarischen Gesellschaft« gegenüber. Dazu gehören für sie Verstaatlichung der Banken, Solidarität in Europa, Widerstand gegen Kriegspolitik und Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe von Fukushima. Sie betont: »Wir wollen den sozialökologischen Umbau. Wir wollen die soziale Frage unlösbar mit der ökologischen Frage verbinden.« Ihr Mit-Vorsitzender, Klaus Ernst, stellte in seiner Rede vor allem die Funktion der Interessenvertretung durch die Partei DIE LINKE in den Vordergrund – der Interessen von 30 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Rentnerinnen und Rentnern, Erwerbslosen, Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfängern sowie von Kindern und Jugendlichen, bis hin zu vielen Selbständigen, die keine Kredite erhalten. Für ihn steht vor allem die Frage, wie die Partei der Aufgabe gerecht wird, »Stimme der Mehrheit und Motor für gesellschaftliche Veränderungen zu sein«. Deutschland brauche keine zweite SPD, sondern eine Partei, »die sich konsequent für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzt«.

Oskar Lafontaine stellte sich in seiner Rede auf dem Parteitag der Frage: »Warum stehen wir nicht besser da?«. <sup>19</sup> Gegenüber allen Auffassungen, sich stärker an SPD und Grünen zu orientieren, ist seine Antwort: »Wir stehen im fairen Wettbewerb mit anderen Parteien. Wir müssen unser eigenes Profil schärfen.« Die Überwindung und Abschaffung des Systems des Finanzkapitalismus sei die einzig richtige Antwort auf die Krise von 2008. Wiedereinführung und Verallgemeinerung des öffentlich-rechtlichen Bankensystems und Abkopplung der Staaten von den Finanzmärkten seien zwingende Antworten. Das Gemeinschaftseigentum, so Lafontaine, sei eine Antwort »auf viele Fragen« – auf die der Bankenwelt wie auf die ökologische Frage. Primat der Politik über die Wirtschaft und Rückkehr zum Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen werden als Teil des Profils der LINKEN dargestellt.

Auch Gregor Gysi stellte bei seiner Parteitagsrede Friedenspolitik, Eigentumsgerechtigkeit und Überführung der öffentlichen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand ins Zentrum. Er sprach zugleich die Gleichstellung von Mann und Frau an. Die Funktion der LINKEN beschrieb er so: »Deshalb sage ich ja immer, wenn es Christus noch gäbe, er wäre ein sehr kritisches Mitglied unserer Partei, weil wir die einzigen sind, die genau diese Frage stellen und aufwerfen: die soziale Frage. Das ist auch eine Frage nach Demokratie und nach Ökologie, das ist schon gesagt worden, und ich wiederhole es. Die einzigen, die im Zusammenhang mit der ökologischen Umwälzung, zum Beispiel dem Verbot der Atomenergie etc., die soziale Fragen stellen, sind wir.« <sup>20</sup>

---

<sup>19</sup> Die Reden des Parteitags sind entnommen von:

<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/2parteitag2tagung/>;

die des Jahresauftakts 2012 können eingesehen werden auf:

<http://www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/politischer-jahresauftakt-2012/>.

<sup>20</sup> Hier zumindest irrt Gregor Gysi, wie die Darstellung zur Partei Die Grünen zeigte.

Und wenn wir sie nicht stellten, wären wir auch überflüssig, das andere machen schon die anderen, aber uns braucht man, um immer wieder die soziale Frage auf die Tagesordnung dieser Gesellschaft zu stellen.«

Vergleicht man nun die Reden auf dem Parteitag im Oktober 2011 mit denen zum Jahresauftakt 2012, so wird deutlich, dass sich Gregor Gysis Hoffnung vom Parteitag »Unsere Personalfragen kriegen wir schnell organisiert« nicht erfüllt hatte. Aber wichtiger noch: Die Frage nach dem Gebrauchswert der Partei treibt die Führung weiter um. Gesine Löttsch entwickelt ihre Vorstellungen von der Vision einer solidarischen Gesellschaft weiter und fordert, dass die Partei im Alltag wieder nützlicher werden müsse, auch als Anwalt der Menschen im Osten. Kampf gegen Armut und gegen Rassismus wird hervorgehoben. Für eine solidarische Gesellschaft brauche es einer starken LINKEN. Auch Klaus Ernst knüpft an seine Parteitagsrede an und verbindet die Frage des Kampfes für ein geeintes Europa mit der sozialen Frage. Seine Antwort ist eindeutig: »Es gibt eine ganz einfache Formel, liebe Genossinnen und Genossen, auf die sich die Linke in Europa verständigen kann. Sie ist wirklich sehr einfach. Wir sagen in ganz Europa Nein zu Lohnkürzungen. Wir sagen in ganz Europa Nein zu Rentenkürzungen. Wir sagen in ganz Europa Nein zu Sozialabbau. Das ist eine einfache Formel. Aber damit bedeutet es in der Konsequenz, dass jede Bürgerin, jeder Bürger in Europa weiß, wenn man die Linke wählt, egal in welchem Land, ob in Frankreich, in Griechenland, in Spanien oder in Deutschland: Die Linke ist Garant, dass dieser Sozialstaat erhalten wird.« Die gleiche Position wurde durch Gregor Gysi vertreten, der Bedingungen für jede ernsthafte Kooperation mit der SPD stellte: den unverzüglichen Abzug aus Afghanistan, den Verzicht auf jeden Kriegseinsatz, Rentengerechtigkeit, eine Ost-West-Angleichung bei Löhnen, Gehältern und Renten, einen flächendeckenden Mindestlohn und eine solidarische Gesundheitsversicherung sowie natürlich den Verzicht auf Hartz-IV.

Diese Profilierung der Partei DIE LINKE stellt in einer Situation, wo die SPD wieder die Frage der Gerechtigkeit ins Zentrum stellen will und die Partei Die Grünen die soziale Frage in ihre Programmatik integriert, eine notwendige Bedingung der Stabilisierung der Linkspartei dar. Scharfe Kapitalismuskritik, konsequenter Einsatz für den Sozialstaat in Deutschland und Europa, soziale Interessenpolitik mit dem Schwerpunkt bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Rentnerinnen und Rentnern sowie die Forderung nach Ausweitung des Gemeineigentums insbesondere in der öffentlichen Daseinsvorsorge und im Finanzsystem bilden eine Einheit. Was gegenüber dem Parteiprogramm in den Hintergrund getreten ist, ist die Verbindung von Umverteilung und Umgestaltung, von Verteidigung der gegebenen Mehrheitsinteressen und Zukunftsgestaltung, von Orientierung auf die Lohnarbeiter und auf die solidarischen Mittelschichten. Demokratie erscheint vor allem als Repräsentation der Mehrheitsinteressen, nicht aber als lebendige Partizipation und offener Prozess. Die Einheit von Umverteilung und Umgestaltung, Demokratisierung und umfassender Solidarität wird nicht zu einer überzeugenden Erzählung<sup>21</sup> und gerät nicht zu einer politischen Strategie der Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Damit bleibt der Antikapitalismus Proklamation.

Der Partei DIE LINKE fällt es schwer, eine Position zu entwickeln, die breit in die Gesellschaft reicht. Der Bezug auf die Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung reicht dafür nicht aus. Verbreitet ist die Überzeugung, dass die LINKE zwar richtige Kritik übe und aus guten Gründen die soziale Gerechtigkeit betone. Aber sie habe kein zukunftsfähiges Konzept. Gegenüber dem unübersehbaren Wandel erscheint die Verteidigung von Interessen durch die LINKE defensiv und rückwärtsgewandt. Sie sei nicht mit umsetzbaren Zukunftsprojekten verbunden. Die große Vision einer anderen, einer solidarischen, einer sozialistischen Gesellschaft sei zu weit entfernt dafür; die Regierungsbeteiligung in drei ostdeutschen Ländern habe nicht überzeugen können als politischer Richtungswechsel.

---

<sup>21</sup> Dieter Klein: Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken. Standpunkte der RLS 34/2011 (<http://www.rosalux.de/publication/37889/das-viereck-nachdenken-ueber-eine-zeitgemaesse-erzaehlung-der-linken.html>).

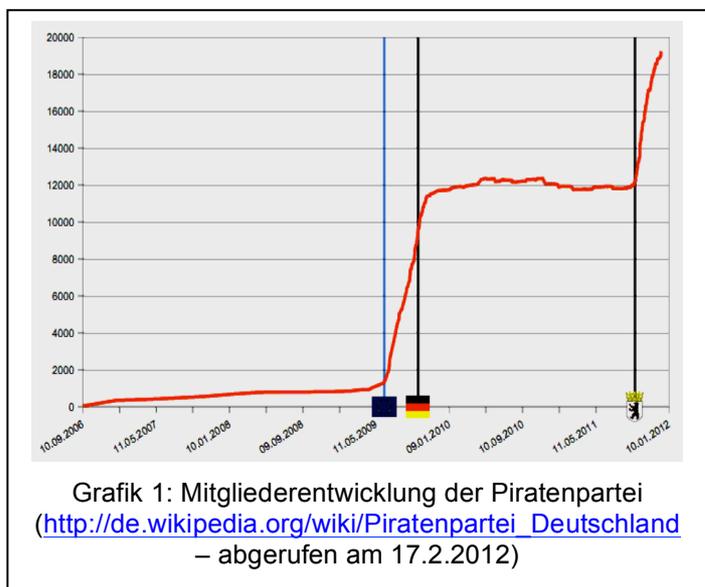
Die Worte Ökologie, Umbau, Umgestaltung, Technik oder Technologie, Energie, Klima, Erneuerung oder Perspektiven tauchen bei keinem der RednerInnen zum Jahresauftakt der Partei DIE LINKE auf. Sie ist mit der Gefahr konfrontiert, soziale »Klientelpartei« zu bleiben, die die berechtigten, die absolut zentralen Interessen der Mehrheit nicht als Interessen der Allgemeinheit darzustellen vermag. Dies ist erklärungsbedürftig. Das Allgemeininteresse ist eben nicht die Addition aller vorhandenen Einzelinteressen, so berechtigt diese im Einzelnen sind, sondern ihre *zukunftsbezogene* Verbindung in einem gesellschaftlichen Projekt. Dieses muss glaubhaft versprechen können, als gesellschaftliches Bündnis verschiedener sozialer Klassen neue Produktivität freizusetzen. »Verallgemeinerung von Interessen« ist eine transformatorische Aufgabe.

Antonio Gramsci hat die Herausforderungen im Kampf um Hegemonie so formuliert: »Historisch progressiv« ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen »Produktivität«, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie »die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert« und so die glaubhafte Erwartung individueller »Lebensperspektiven« speist.« Soziale Gerechtigkeit, dies die Erkenntnis, die die Linke in all ihren Mosaik-Steinen lernen muss, ist nur dann durchsetzbar, wenn sie sich organisch mit einem Projekt *neuer* und *andersartiger* gesellschaftlicher Produktivität und *neuer* individueller Lebensmöglichkeiten verbindet. Ansonsten bleibt ihr nur die soziale Korrektivfunktion – viel mehr als nichts, aber nicht ausreichend für einen wirklichen Richtungswechsel der Politik. Linke Strategiefähigkeit auf der Höhe der Zeit ist dies noch nicht.

### Die Piratenpartei formiert sich

Die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologien der letzten dreißig Jahre hat die Gesellschaft grundlegend verändert. Neue Produktions- und Lebensweisen sind entstanden. Überkommene Macht- und Eigentumsstrukturen werden herausgefordert. Eine ganze Generation ist unter den Bedingungen von Internet und Google, von Microsoft, Open Source und jetzt Facebook herangewachsen und beginnt sich politisch eigenständig zu artikulieren.

Die Piratenpartei ist Ausdruck dieses Umbruchs. Ausgangspunkt war der Konflikt um Rechte an geistigem Eigentum. Die Filmindustrie führte den Begriff der Piraterie ein, als sie sich gegen jene wandte, die Filme kostenlos im Internet vertrieben. Die Aktivisten der Szene griffen diesen Terminus auf und verwandten ihn selbstbewusst positiv. Im Januar 2006 gründete sich in Schweden die erste Piratenpartei. Schon im September des gleichen Jahres erfolgte die Parteigründung in Deutschland. 2010 hatten sich schon 22 dieser Parteien international zusammengeschlossen.<sup>22</sup>



Die Piratenpartei in Deutschland hatte bis 2009 eine weitgehend marginale Stellung, konnte aber 2009 bei den Europawahlen immerhin 0,9 Prozent und bei den Bundestagswahlen zwei Prozent erreichen, Ihre Hochburgen lagen in ostdeutschen Universitätsstädten, wo die Grünen schwächer waren. Dort erhielt sie teilweise über fünf Prozent der Wählerstimmen. Diese Wahlerfolge führten

<sup>22</sup> Siehe dazu: <http://de.wikipedia.org/wiki/Piratenpartei> – abgerufen am 17.2.2011)

zu einer massiven Mobilisierung. Die Zahl der Mitglieder verzehnfachte sich. Heute hat die Piratenpartei nach eigenen Angaben ca. 15 Tsd. Mitglieder. Zum Durchbruch wurde die Wahl in Berlin im September 2011. Sie löste eine neue Welle der Parteiformierung an der Basis aus. Spätestens seit diesem Zeitpunkt steht die Piratenpartei an der Schwelle zur bundesweiten Durchsetzung und zum Einzug in den Bundestag.

Die Piratenpartei versteht sich in ihrem Kern als Partei der Bürgerrechte der modernen Wissensgesellschaft. In der Präambel ihres Programms heißt es: »Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft.« Von hier aus fordert die Piratenpartei die informationelle Selbstbestimmung, den *Open Access* zu den gemeinschaftlich finanzierten Gütern, umfassende Transparenz in allen öffentlichen Angelegenheiten sowie die umfassende Kontrolle der Bürger »über ihre Informationsverarbeitung und Kommunikation«<sup>23</sup>. Das Grundsatzprogramm der Partei ist *Work in Progress*. Ausgehend von einem ständigen Diskussionsprozess erfolgt Schritt für Schritt die Erweiterung des Profils. 2009 und 2010 wurden Zielstellungen zu den Fragen von Bildung oder »Mehr Demokratie wagen« sowie »Freie demokratisch kontrollierte Infrastruktur« hinzugefügt. Einen weiteren Einschnitt stellen die Beschlüsse des Parteitags vom Dezember 2011 in Offenbach dar. 1300 Mitglieder kamen zu diesem Parteitag, wo jede und jeder das Wort ergreifen konnte – für eine Minute. Vor allem die Beschlüsse zur Legalisierung der Drogen (wie im Parteiprogramm der LINKEN) und für eine bedingungsloses Grundeinkommen führten zu heftigen Diskussionen. Eine harte Austeritätspolitik gegenüber Griechenland und anderen Ländern, die ihre Schulden nicht refinanzieren können, wurde abgelehnt. Auch wenn die damalige politische Geschäftsführerin, Marina Weisband, es anders sieht (»Begriffe wie links und rechts basieren auf einer klassischen Definition von Arbeit, die mit der Informationsgesellschaft nicht mehr viel zu tun haben«<sup>24</sup>), die Piratenpartei gewinnt ein libertär-linkes Profil. Umfassender Zugang zu Bildung, ein Höchstmaß individueller Selbstbestimmung und Schutz der Persönlichkeitsrechte, Freiheit der Wissensproduktion und -aneignung auf der Basis des Internets, der Offene Zugang zu den geistigen Gütern (Open Access) sowie ein Politikstil, der auf umfassender Beteiligung basiert, sind grundlegende Ziele.

Die Piratenpartei ist vor allem ein Experimentierraum für einen neuen Ansatz von Politik vor dem Hintergrund der wachsenden Distanz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem etablierten politischen System repräsentativer Demokratie. Ihre Attraktivität als internetgestütztes, transparent basisdemokratisch organisiertes Projekt speist sich gegenwärtig auch aus ihrer Ambivalenz gegenüber dem politischen System verbunden mit ihrer unkonventionellen Kritik am gesellschaftlichen „Status Quo“. Nicht die Formulierung und Durchsetzung von politischen Zielen steht dabei im Vordergrund, sondern eine neue Weise, diese Ziele zu diskutieren, Entscheidungen herbeizuführen, politisch in die Gesellschaft einzugreifen. Wie Weisband bündig bemerkt. »Wir bieten kein Programm, sondern ein Betriebssystem.«<sup>25</sup> Ob dieses Betriebssystem sich im Parteiensystem der Bundesrepublik etablieren wird und welche Folgen es für den Gesamtbetrieb haben wird, bleibt offen. Dass aber eine starke Wirkung erzielt wird, dies kann schon jetzt für sicher gelten. Die Krise der heutigen Form politischer Repräsentation ist offensichtlich und ein neues, sehr aktives Milieu drängt auf Mitsprache zu den eigenen Konditionen.

### **Ein Blick aufs Ganze**

Gegenüber den Bundestagswahlen 2005 und 2009 sind die parteipolitischen Verschiebungen beträchtlich – qualitativ wie auch quantitativ (siehe Grafik 2). Hinzu kommt die Piratenpartei als neuer Konkurrent vor allem für Grüne und Linkspartei. Sie entzieht zudem den Liberalen weiteren

---

<sup>23</sup> Siehe: [http://www.piratenpartei.de/unsere\\_ziele](http://www.piratenpartei.de/unsere_ziele) – abgerufen am 17.2.2012.

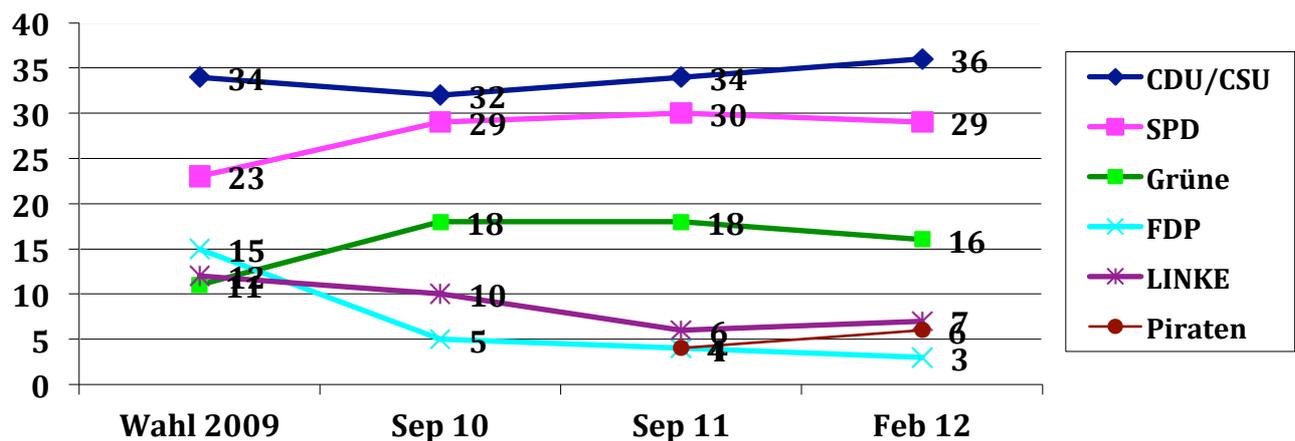
<sup>24</sup> <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,801643,00.html> – abgerufen am 17.2.2012.

<sup>25</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Marina\\_Weisband](http://de.wikipedia.org/wiki/Marina_Weisband) – abgerufen am 17.2.2012.

Boden. Die Konfliktlinien vervielfältigen sich. Während das liberal-konservative Feld ganz durch die CDU/CSU dominiert wird, bisher nur regional durch die Freien Wähler herausgefordert, ist die Fragmentierung im linken und libertären Feld beträchtlich. Dies wird von den Beteiligten eine Verbindung von »Lagerwahlkampf« und eigenständiger Profilierung im politischen Wettbewerb verlangen.

Gesellschaftspolitisches Leitbild aller im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der FDP und der Partei DIE LINKE ist die sozial (und ökologisch) in »Leitplanken« (»Rahmen«) zu bringende Marktwirtschaft. Die FDP bezieht sich zwar auf die soziale Marktwirtschaft, doch wird ihr das »Soziale« nicht abgenommen, so dass sie mit Markt und Wachstum pur verbunden wird. Die Linkspartei dagegen vertritt das Modell einer politisch gesteuerten Mischwirtschaft mit dominanten öffentlichen Sektoren. Sie ist es auch, die den Umbau des Sozialstaats, der gegen Armut und Unsicherheit schützt, zu einem Staat, der das Soziale unter das Primat des Wettbewerbs stellt, strikt ablehnt. FDP und Linkspartei bleiben mit Blick auf die Wirtschaftsverfassung die eigentlichen Antipoden. Die Wiederzuwendung der SPD zur sozialen Frage, die Integration derselben in die »Antwort: Grün« und die Zentrierung auf soziale Gerechtigkeit bei der Partei DIE LINKE haben ein breiteres gemeinsames Feld geschaffen, aber die Bruchlinie zwischen Primat des Sozialen und Primat einer kapitalistischen Marktwirtschaft bleibt. Die Orientierung auf den ökologischen Umbau wird zunehmend von allen drei Parteien vertreten und ist nicht mehr das alleinige Ressort der Grünen.

**Grafik 2: Wahlumfragen (Infratest dimap)**



Dem eher paternalistischen Demokratieverständnis von CDU und vor allem CSU steht die Vision einer umfassenden partizipatorischen Demokratie bei den Grünen bzw. einer Demokratie, die ihre Machtbasis in einem starken Gemeineigentum hat (Linkspartei), gegenüber. Die FDP hat das Feld der Demokratie völlig aufgegeben, während die SPD einer weiteren Demokratisierung der vorhandenen Institutionen gegenüber geöffnet ist. Die Piratenpartei drängt auf eine Form von Demokratie, die sich weitgehend an einer freien und partizipativen Öffentlichkeit orientiert.

Die Übergänge in der Frage der Europäischen Union sind fließend. CDU/CSU wie FDP sind vor allem auf Erfolge im Standortwettbewerb orientiert. Die SDP und die Grünen dagegen legen den Schwerpunkt auf die Verbindung von Sparmaßnahmen und Wirtschaftsförderung, für die auch eine starke deutsche Volkswirtschaft gebraucht wird, während die LINKE die europäische Krise ganz unter dem Gesichtspunkt der Solidarität mit der durch Sozialabbau konfrontierten Bevölkerung und der Verteidigung des Sozialstaats in der EU betrachtet.

CDU und CSU nutzen die Ausgrenzung der Partei DIE LINKE, um die parteipolitischen Optionen von SPD und Grünen systematisch einzuschränken. Dies stärkt ihr eigenes Gewicht über die Wahlergebnisse, die CDU/CSU selbst erreichen können, und befriedigt zugleich ihre konservativ-antikommunistische Klientel. Die SPD droht so zur ewigen Zweiten oder Dritten zu werden. Das Aufkommen der Piratenpartei verstärkt diese Tendenz zur relativen Vormacht der Union. Die

hohe Flexibilität des Agierens der Regierungspartei CDU basiert auch darauf. Sie höhlt aber zugleich ihre Bindung an konkrete gesellschaftliche Milieus aus. Auch dadurch nimmt die Beweglichkeit des Parteiensystems weiter zu – schnelle Veränderungen sind möglich.

Die organische Krise des Neoliberalismus hat dazu geführt, dass die Konflikte an vielen Stellen gleichzeitig ausbrechen. Unsicherheit und Frustration mit der Politik haben langfristig zugenommen. Die Richtung des Windes wechselt ständig. Noch beherrscht die Regierung unter Angela Merkel das Feld des täglichen politischen Agierens. Die Spannungen unter der Oberfläche wachsen jedoch weiter. Es ist unklar, welches der vielen konkreten Konflikte den Wahlkampf 2013 prägen wird. Deutlich geworden ist jedoch, welche Segel die Parteien zurzeit setzen können oder wollen.